

Milchpreise: Verlust in Milliardenhöhe

WIRTSCHAFT Landwirte müssen Überbrückungsdarlehen beantragen – Lösung des Problems nicht in Sicht

In den Betrieben kann nicht mehr investiert werden, da der aktuelle Milchpreis keine Kostendeckung ermöglicht.

NORDEN/WK – Um sechs Uhr morgens beginnt ein normaler Arbeitstag für den Norder Landwirt Dieter Hattermann – und zwar 365 Tage im Jahr. Trotz der vielen Arbeit und des Verzichts auf Wochenenden und Urlaube bekommt er seit einem halben Jahr gerade einmal 28 Cent für einen Liter Kuhmilch ausgezahlt. Das sind zehn Cent weniger als noch vor einem Jahr. Dieser Preis reicht nicht aus, um kostendeckend zu arbeiten. Doch ein Anstieg des Preisniveaus ist bislang noch nicht absehbar, eine Lösung des Problems genauso wenig.

Schon zum aktuellen Zeitpunkt kann von einem Wertschöpfungsverlust für die Landwirte des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) von drei bis vier Milliarden Euro ausgegangen werden. Auch Dieter Hattermann hat nun schon etwa 20 000 Euro weniger verdient als normalerweise üblich. „Kurzfristig kann man eine solche Flaute überbrücken, langfristig sinkt die Liquidität“, so

„Kurzfristig kann man eine solche Flaute überbrücken, langfristig sinkt die Liquidität“

DIETER HATTERMANN

der Landwirt. Auch Hans Foldenauer vom BDM bestätigt, dass Überbrückungsdarlehen für viele Landwirte notwendig werden. „Es müssen intensive Gespräche mit den Hausbanken geführt werden, um Liquiditätsprobleme zu lösen“, so Karl Hedden vom Landwirtschaftlichen Hauptverein, Kreisverband Emden-Norden. Neben den normalen Betriebskosten kommen auf viele Landwirte zudem noch weitere Belastungen hinzu: „Durch das Ende der Milchquote müssen teilweise noch Quotenüberlieferungen bezahlt werden.“ Sollten die Landwirte tatsächlich aufgrund der aktuellen Entwicklung streiken, so sei das Ausdruck absoluter Ohnmacht.



Trotz der niedrigen Milchpreise müssen die Kühe versorgt und die Ställe gepflegt werden. Landwirte müssen nun Überbrückungsdarlehen beantragen. ARCHIVFOTO

Bleibt der niedrige Preis pro Liter längerfristig bestehen, können auch besser gestellte Betriebe nicht mehr investieren. „In jedem Betrieb müssen laufend Maschinen ersetzt werden“, erklärt Hattermann. Doch aufgrund der zu geringen Einnahmen seien Investitionen nicht möglich und man versuche zu re-

parieren, wo es ginge. „Steigt der Preis dann wieder, muss man direkt größere Summen ausgeben, um

die überfälligen Instandsetzungen durchzuführen“, beschreibt der Landwirt die Problematik. Für viele sei zudem das Problem, dass die letzte Krise erst sechs Jahre her sei. Die Aufschwungphase vor allem im vergangenen Jahr sei im Verhältnis dazu relativ kurz gewesen, um sich von den Strapazen zu erholen.

Eine der Hauptursachen für die aktuelle Lage liegt laut Foldenauer in der deutlichen Ausweitung der EU-Milchproduktion in 2014. „Damit wurde der globale Milchmarkt, bildlich gesprochen, geflutet“, so der Vertreter des BDM. Ein weiterer Grund ist

laut dem Deutschen Milchkontor (DMK) das Russland-Embargo, welches für die gesamte Milchindustrie einen Verlust zu einem nicht unbedeutenden Markt darstellt.

Zudem hätten Verbands- und Politikvertreter jegliche Hinweise auf den seit Spätherbst 2013 einsetzenden Marktabschwung ignoriert, beziehungsweise bewusst oder unbewusst verharmlost. Der BDM fordere zwar seit mehr als zwei Jahren eine Erweiterung des bestehenden Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um Instrumente, die geeignet sind, eben diese Milchmarktkrisen besser managen zu können. „Abgelehnt hat dies aber immer der Bauernverband und die Verbände der Molkereindustrie“, betonte Foldenauer.

Um die aktuelle Lage zu verbessern, gibt es derzeit keine Lösung. Karl Hedden vom Landwirtschaftlichen Hauptverein sieht die Verantwortung bei den Discountern, die trotz Werbeslogans wie „Wir lieben Lebensmittel“ die Molkereien in die Knie zwingen und sich nicht für kostendeckende Milchpreise einsetzen würden. Denn auf der einen Seite sollen Landwirte Tieren möglichst viel Komfort bieten und sie gut versorgen, was jedoch Geld kostet, und auf der anderen Seite werde nicht genug Geld für qualitativ hochwertige Milch gezahlt. „Das passt nicht zusammen“, resümierte Hedden.

Auf Nachfrage beim Discounter Lidl, ob sich das Unternehmen für faire Preise einsetzen wolle, äußerte sich die Presseabteilung wie folgt: „Lidl hat den Anspruch, seinen Kunden stets ein bestmögliches Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten. Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus machen wir jedoch keine detaillierteren Angaben zur Preisgestaltung.“ Der Konkurrent Aldi begründet etwas konkreter: „Derzeit

wird weltweit sehr viel mehr Milch als tatsächlich nachgefragt produziert. Diese Entwicklungen auf dem internationalen Milchmarkt lassen den Einkaufspreis für Rohmilch tendenziell sinken. Für uns ist es daher nur konsequent, wenn wir die Einsparungen bei unseren Einkaufspreisen

an unsere Kunden weitergeben.“ Bei der Beschaffung von Rohwaren orientiere sich die Unternehmensgruppe Aldi Nord grundsätzlich am Markt und berücksichtige, entsprechend der Marktlogik, die Gesetze von Angebot und Nachfrage sowie weitere preisbildende Faktoren. Daher seien die Preise für Milch immer Schwankungen unterlegen und nicht konstant. Wichtig war dem Konzern

„Der globale Milchmarkt wurde durch die Ausweitung der EU-Milchproduktion geflutet“

HANS FOLDENAUER

Situation ähnlich wie die Discounter: „Sie nutzen nur die jeweilige Marktsituation, hier eine Forderung aufzustellen, wie ‚Discounter zahlt doch

einfach freiwillig mehr‘, geht an unserem marktwirtschaftlichen Verständnis vorbei.“ Letztendlich liege es auch an den Molkereunternehmen, die sich bei den Discountern gegenseitig unterbieten würden.

Dieter Hattermann rechnet erst einmal mit weiterhin niedrigen Milchpreisen. Er hat das Glück, dass ihm 30 Hektar Grünfläche gehören, die er zum Teil mit Feldgras und Mais zur Fütterung der Kühe, aber auch mit Weizen und Raps bepflanzt hat. Somit kann der Landwirt nach der Ernte auf diese Nebeneinnahmen

zurückgreifen. Viele Betriebe haben diese Möglichkeiten jedoch nicht und müssen Flächen pachten, um die Tiere auf die Weide lassen oder um Futtermittel anbauen zu können.

Aus seiner Sicht könnte das Problem nur dann gelöst werden, wenn alle Betriebe nicht 100, sondern lediglich 98 Prozent Milch produzieren würden. „Bei 98 Prozent Quotenlieferung entwickelt sich ein guter Preis.“ Doch das werde wohl nie realisiert werden.

„Ein Streik der Landwirte wäre Ausdruck absoluter Ohnmacht“

KARL HEDDEN

an unsere Kunden weitergeben.“ Bei der Beschaffung von Rohwaren orientiere sich die Unternehmensgruppe Aldi Nord grundsätzlich am Markt und berücksichtige, entsprechend der Marktlogik, die Gesetze von Angebot und Nachfrage sowie weitere preisbildende Faktoren. Daher seien die Preise für Milch immer Schwankungen unterlegen und nicht konstant. Wichtig war dem Konzern

DER LESER SCHREIBT

Leserbriefe sind stets willkommen, es besteht jedoch keine Verpflichtung zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Anonyme Schreiben werden nicht veröffentlicht.

Zur Teilnahme von Dornum am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“:

Politik in diesem schönen Dorf hat versagt

Im Rahmen des Regionalwettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ hat sich Dornum mit verschiedenen Institutionen und Vereinen der Kommission vorgestellt. Unter anderem bewertet die Jury die wirtschaftliche Entwicklung, die bauliche Gestaltung, Freizeitanlagen im öffentlichen Bereich sowie die harmonische Einbindung des Dorfes in die Landschaft.

Betrachtet man Dornum aus unterschiedlichster Perspektive, kann man nur zu dem Schluss kommen, dass die Politik in diesem schönen Dorf versagt hat. Umzingelt von Wind-Industrieanlagen, welche aus einer Goldgräberstimmung heraus gebaut wurden und trotzdem nicht verhindern haben, dass Dornum eine der finanziell am schlechtesten dastehenden Gemeinde ist, ist es aber frech und dreist bei diesem Wettbewerb mitzuma-

chen. Kein Wunder auch, dass Vertreter der in dieser Hinsicht besonders gebeutelten Ortschaften wie Roggenstede hier protestiert haben. Würden doch gerade diese Bewohner verraten und verkauft.

Sven Reschke-Luiken
Arle

Zum Bericht Medikamentenzuzahlung: Rentnerin muss passen:

Patienten nutzen ihre Möglichkeiten nicht aus

Als Behindertenbeauftragter ist es mir schon oft aufgefallen, dass Patienten, die aufgrund einer Erkrankung dauerhaft therapiert werden müssen, sehr oft die Möglichkeit einer Zuzahlungsbefreiung für medizinische Leistungen nicht nutzen. Die Grenze für Zuzahlungen für alle Patienten liegt bei zwei Prozent der jährlichen Bruttoeinnahmen, bei chronisch erkrankten Personen, die sich therapiegerecht verhalten, reduziert sich der Betrag auf ein Prozent (Paragraf 62 SGBV).

In der sogenannten Chro-

niker-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses ist definiert, wer als schwerwiegend chronisch krank gilt. Dies sind Personen, die sich nachweislich wegen derselben Krankheit seit wenigstens einem Jahr in ärztlicher Dauerbehandlung befinden und eines der folgenden Kriterien erfüllen:

1. Es liegt eine Pflegebedürftigkeit der Pflegestufe zwei oder drei nach dem zweiten Kapitel des SGB XI vor. 2. Es liegt ein Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 60 oder eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von mindestens 60 Prozent vor, wobei der GdB oder die MdE nach den Maßstäben des Paragraf 30 Absatz 1, BVG oder des Paragraf 56 Absatz 2 SGB VII festgestellt und zumindest auch durch die zugrundeliegende schwerwiegende chronische Erkrankung begründet sein muss.

3. Es ist eine kontinuierliche medizinische Versorgung (ärztliche oder psychotherapeutische Behandlung, Arzneimitteltherapie, Behandlungspflege, Versorgung

mit Heil- und Hilfsmitteln) erforderlich, ohne die nach ärztlicher Einschätzung eine lebensbedrohliche Verschlimmerung, eine Verminderung der Lebenserwartung oder eine dauerhafte Beeinträchtigung der Lebensqualität durch die zugrundeliegende schwerwiegende chronische Erkrankung zu erwarten ist. Wer gemäß der sogenannten Chroniker-Richtlinie als schwerwiegend chronisch krank gilt, muss nur maximal ein Prozent seines Bruttoeinkommens für Zuzahlungen aufwenden. Die Krankenkasse erstellt für diese Patienten eine Bescheinigung, wenn bereits während eines Jahres die Belastungsgrenze von einem Prozent der Bruttoeinnahmen erreicht ist, sodass für den Rest des Jahres keine weiteren Zuzahlungen mehr zu leisten sind.

Anrechnungsfähig sind alle Zuzahlungen, die vom Versicherten für Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu tragen sind (zum Beispiel Zuzahlungen für rezeptpflichtige Medikamente, vom Arzt verordnete Krankentransporte, verord-

nungsfähige Heil- und Hilfsmittel und so weiter).

Angenommen Frau Ulrichs aus dem KURIER-Bericht hat ein jährliches Bruttoeinkommen von 10 000 Euro. Ihr Zuzahlungsbeitrag würde sich also jährlich auf 100 Euro beschränken. Dass die Pharmaindustrie das Gesundheitswesen in Deutschland ausbeutet, ist allen bekannt. Skandinavische Länder haben ein solches Verhalten rigoros eingeschränkt. Dem Gesundheitsministerium in Deutschland scheint dies, vor dem Hintergrund der Pharmedienlobby, nicht möglich zu sein.

Hermann Rühaak
Uppgant-Schott

Zum geplanten Bau einer Zentralklinik in Georgsheil:

Eine Stadt ohne Krankenhaus geht nicht

Sollte die Zentralklinik gebaut werden, zweifle ich echt an gesunden Menschenverstand der Politiker. Wie will man den Bürger erklären, warum zirka 250 Millionen Euro für eine neue Klinik zur

Verfügung stehen, aber zum Erhalt der drei bestehenden Krankenhäuser kein Geld da ist? Die Kliniken in Emden, Aurich und Norden haben alle ihre Stärken. Man sollte Energien dafür verwenden, wie man Synergieeffekte erzielt.

Wer schon mal die Bundesstraße 72 nach Georgsheil gefahren ist, weiß um die massiven Verkehrsprobleme, wenn die große Abreisewelle rollt. Wer seine Angehörigen besuchen möchte oder einen Untersuchungstermin in Georgsheil hat, kommt nur mit Stopp and Go voran. Ganz zu schweigen vom Rettungsdienst im Einsatz, der sich dann durch die Rettungsgasse quälen muss und möglicherweise wertvolle Zeit verliert. Von Emden aus ist es das gleiche Spiel.

In Leer gibt es das Klinikum und das Borromäus-Hospital. Wie kriegen die das eigentlich hin? Vielleicht sollte man mal nachfragen. Oder ist das unter dem Niveau unserer Verantwortlichen? Eine Stadt ohne Krankenhaus – das geht gar nicht.

Anja Flessner
Norden